

Von Wien lernen

In Wien gibt es eine vorbildliche Wohnungspolitik. DIE LINKE ist der Meinung, das könnte auch ein Vorbild für Düsseldorf sein. **S.3**

Rhein in Ruhe lassen

Der Rhein soll vertieft werden, damit mehr Container verschifft werden können. Dies gefährdet erheblich die Umwelt im und am Fluss. **S.4**

Teuer und zu wenig

Die Proberaum-Situation bleibt ein Desaster. DIE LINKE hat nachgefragt. Nichts hat sich seit Jahren für die MusikerInnen verändert. **S.5**

Saubere Luft gefordert

Die Stadt ist verurteilt worden, endlich Massnahmen zur Verbesserung der Luft zu ergreifen. Richtig so, findet DIE LINKE. **S.7**

Die Welt ist keine Ware



Foto: Hubertus Zdebel/ Linke im Bundestag

Menschen statt Profite

Auch Düsseldorf von Freihandelsabkommen TTIP & CETA betroffen

Am Samstag, dem 17. September, sind in Köln 55.000 Menschen auf die Straße gegangen und haben sich deutlich gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP ausgesprochen. Zeitgleich haben bundesweit in sechs weiteren Städten Demonstrationen stattgefunden. Insgesamt haben 320.000 Menschen demonstriert, zwei Tage bevor der SPD Parteikonvent für CETA votiert hat.

Bei den Protesten stand vor allem die Verhinderung des kanadischen Freihandelsabkommens CETA im Vordergrund, um gegen die bevorstehende Ratifizierung zu demonstrieren. Das kanadische Freihandelsabkommen CETA wird als Blaupause für TTIP verstanden. TTIP ist das Freihandelsabkommen zwischen USA und EU. Bei beiden Abkommen werden intransparente Verhandlungen und undemokratische Prozesse kritisiert. So wurden die Inhalte der Abkommen lange unter Verschluss gehalten und die Abstimmung sollte an den nationalen Parlamenten vorbei laufen. Hier mussten die BefürworterInnen schon das erste Zugeständnis machen, CETA muss von den nationalen Parlamenten abgestimmt werden. Die vorläufige Ratifizierung durch die EU Handelsminister kann jedoch de facto als Um-

setzung verstanden werden.

Die Ratsfraktion DIE LINKE kritisiert seit Bekanntwerden der Verhandlungen die Freihandelsabkommen und bringt die Kritik und Ablehnung regelmäßig in die Stadtpolitik ein. Denn die Auswirkungen von CETA und TTIP werden besonders die Kommunen und ihre BewohnerInnen zu spüren bekommen: Es droht bspw. die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie die Privatisierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen. Die Aufhebung von Tarifreue bei der öffentlichen Auftragsvergabe, Änderungen der Krankenhauspläne, Personalrichtwerte in der Pflege sind nur weitere Stichworte, die Resultat der Folgen dieser Abkommen sein könnten. Deutlich ausgedrückt - die kommunale Selbstverwaltung steht auf dem Spiel (siehe auch: Studie „CETA und TTIP an Rhein und Ruhr“ von Thomas Fritz, August 2016). Neben den Auswirkungen für die Kommunen kritisiert DIE LINKE weiterhin die Einrichtung von Schiedsgerichten, vor denen Unternehmen die Vertragsstaaten auf Schadensersatz verklagen können. Außerdem werden im Umwelt- und Verbraucherschutz geltende Standards aufgehoben und besonders die Landwirtschaft wird betroffen sein.

Schon Anfang 2015 forderte DIE LINKE auf einer Ratssitzung eine klare Positionierung der Stadt Düsseldorf gegen CETA und TTIP. Nur durch einen verwässerten Ergänzungsantrag der Grünen wurde hier positiv abgestimmt. Im Juli 2016 fragte DIE LINKE in der Ratssitzung nach den konkreten Auswirkungen von CETA auf Düsseldorf. In der Antwort bestätigte die Stadtverwaltung, dass von dem CETA-Abkommen grundsätzlich alle Bereiche der Stadt Düsseldorf, der städtischen Beteiligungen sowie der Eigenbetriebe betroffen sein könnten. Die Verwaltung sieht keine Möglichkeit, auf die Auswirkungen Einfluss zu nehmen. Daher stellte DIE LINKE in der September-Ratssitzung den Antrag, dass die Landeshauptstadt Düsseldorf die Bundesregierung auffordert, sich für eine Aussetzung der Ratifizierung von CETA und gegen eine vorläufige Anwendung des Abkommens einzusetzen. Außerdem solle der Rat alle EntscheidungsträgerInnen in Bundestag und Bundesrat auffordern, gegen das CETA Abkommen zu stimmen. Der Antrag wurde leider in die nächste Sitzung verschoben. DIE LINKE wird sich weiterhin in den Parlamenten und auf der Straße gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen einsetzen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit 2008 erscheint der R(h)einblick, die Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf, mit jährlich drei Ausgaben. Im R(h)einblick berichtet die Fraktion über ihre Arbeit im Rat und in den Fachausschüssen. Da in der Düsseldorfer Tagespresse selten über DIE LINKE berichtet wird, bedeutet der R(h)einblick auch eine alternative Sicht auf die Düsseldorfer Kommunalpolitik und wird auch so von Ihnen, den Leserinnen und Lesern, wahrgenommen. Die erste Ausgabe erschien noch in einer Auflage von 12.000 Exemplaren. Mittlerweile ist die Auflage bei 30.000 Exemplaren angelangt. Der R(h)einblick kann auch kostenlos abonniert werden. Schreiben Sie uns einfach eine Mail an info@linksfraktion-duesseldorf.de. Alle Ausgaben sind auf der Internetseite der Fraktion abrufbar und nachzulesen.

Unter www.linksfraktion-duesseldorf.de finden Sie auch alle Anträge und Anfragen, die von unserer Fraktion in den Gremien gestellt wurden, ebenso die Pressemitteilungen. Dort können Sie auch erfahren, wer unsere Ratsmitglieder sind und wer uns in den Gremien vertritt.

Eine weitere Informationsmöglichkeit ist unsere Facebookseite „Die Linke. Ratsfraktion Düsseldorf“. Dort finden Sie unsere Meinungen und Stellungnahmen zur Kommunalpolitik in Düsseldorf.

Jetzt wünschen wir Ihnen viel Spaß mit der neuesten Ausgabe.

Ihr Redaktionsteam

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
[facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf](https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf)

34.515 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,5%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im August 2016 bei 25.717 (offizielle Arbeitslosenquote 7,9 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 34.515 um 8.798 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Ein Jahr Hebammenzentrale

Frauen haben das Recht, zu entscheiden, wie und wo sie ihre Kinder zur Welt bringen wollen. Der Vorschlag, eine Hebammenzentrale in Düsseldorf einzurichten, wurde von der LINKEN mehrmals in den städtischen Gremien thematisiert. Seit Mai 2015 gibt es endlich eine Hebammenzentrale, welche dem Geburtshaus angegliedert ist und von der Stadt finanziert wird. Als koordinierende Stelle sorgt diese dafür, dass die Hebammensuche für Frauen effektiv und mit weniger Arbeit verbunden ist. Welche Entwicklungen gibt es seit der Einrichtung der Hebammenzentrale? Um diese Frage zu klären, beantragten wir im Gleichstellungsausschuss, einen Bericht über die Arbeit der Hebammenzentrale zu erhalten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach dem Bericht werden wir uns für weitere notwendige Verbesserungen einsetzen, um jeder Frau eine Betreuung zu ermöglichen.

Demokratie ist einklagbar Verwaltungsgericht entscheidet im Sinne der LINKEN

Im Frühjahr 2015 haben wir im R(h)einblick über das Chaos in der Rats-sitzung vom Februar 2015 berichtet.

DIE LINKE hatte einen Antrag zur Ablehnung von TTIP, CETA und TISA eingebracht. Eine erste Auszählung der Abstimmung ergab ein Votum von 32 zu 31 Stimmen gegen unseren Antrag. Da Oberbürgermeister Geisel dieses Ergebnis aber selbst in Zweifel gezogen hat, fand eine zweite Auszählung statt, mit dem Ergebnis von 38 zu 33 für den Antrag.

Daraufhin wurden von den Fraktionen mehrere Geschäftsordnungsanträge gestellt und wild diskutiert. Am Ende stellte der Oberbürgermeister das erste Auszählungsergebnis als richtig fest, weil es „plausibel erscheint“. Die daraufhin von der LINKEN eingereichte

Klage wurde am 10.06.2016 vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht verhandelt.

„Ein nur überschlägig ermitteltes, nicht belastbares Auszählungsergebnis kann nicht Grundlage für die Feststellung sein, ein Antrag sei angenommen oder abgelehnt,“ stellt das Verwaltungsgericht in seinem jetzt vorliegenden Protokoll der Verhandlung fest.

„Angesichts des knappen Auszählungsergebnisses erscheint es damit nicht ausgeschlossen, dass der Antrag der Klägerin (DIE LINKE) tatsächlich angenommen wurde“, so das Gericht weiter.

Ebenfalls eingegangen ist das Gericht auf die Feststellung, dass das erste Auszählungsergebnis im Nachhinein als „plausibel“ anerkannt wurde. Nach Mei-

nung des Gerichts kann eine Auszählung nicht durch Vermutungen ersetzt werden. Es kommt zu dem Schluss, dass das erste Auszählungsergebnis nicht als Abstimmungsergebnis festgestellt werden durfte. Es hätte eine erneute Abstimmung geben müssen.

Wir fühlen uns vom Gericht in allen Punkten bestätigt und könnten eine erneute Abstimmung über unseren damaligen Antrag beantragen. Darauf werden wir aber verzichten. Nachdem unser Antrag als abgelehnt festgestellt wurde, fand ein Antrag der Grünen die Mehrheit. Auch wenn dieser Antrag gegenüber unserem stark verwässert wurde, stellen wir fest, dass sich der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf eindeutig gegen TTIP, CETA und TISA ausgesprochen hat.

Flaggen und ihre Bedeutung Die Reichskriegsflagge bei den Düsseldorfer Schützen

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Diesmal machen wir aus Aktualitätsgründen eine Ausnahme und berichten über die Reichskriegsflagge, die mindestens zwei Düsseldorfer Schützenvereine bisher bei ihren Umzügen durch die Straßen trugen.

„Marine-Kompanie Heimat-treue Lörick“ und „Marine-Kompanie Heerdt“

Linke sind eher selten bei Schützenumzügen zu sehen. Das militaristische Spektakel stößt die Meisten ab. Offensichtlich ein Fehler, wenn erst im Jahr 2016 auffällt, dass es Schützen gibt, die mit der Reichskriegsflagge durch Düsseldorfer Straßen rumlaufen. Die Westdeutsche Zeitung berichtete Ende August über die beiden sogenannten Marine Kompanien der Heerdtter und Löricker Schützen. Es ist ja im Grunde skurril, dass durch die doch eher ländlich geprägten Stadtteile Menschen in Marineuniformen rumlaufen. Ein Hafen ist weit und breit nicht vorhanden. Mit der Reichskriegsflagge jedoch herumzulaufen und diese dann auch noch zu verteidigen ist gar nicht lustig. Schützenchef Hans-Dieter Werner polterte herum: „Es ist die Flagge der kaiserlichen Marine. Und die ist politisch unbelastet.“ Von Geschichte hat der Herr Werner offenbar keine Ahnung. Das Kaiserreich fing den 1. Weltkrieg an, der zu Millionen Toten führte, insbesondere im europäischen Ausland. Ganz bewußt wurde die Reichskriegsflagge beim

Hitler-Putsch 1923 mitgeführt. Sie war ein Symbol für die Dolchstoßlegende, die besagt, dass Deutschland den 1. Weltkrieg nur wegen der Sozialisten, Kommunisten und dem internationalen Judentum verloren hätte. Mit dem Mitführen der Reichskriegsflagge wollten die Nazis zeigen, dass das deutsche Militär unbezwingbar ist. In der Weimarer Republik wurde die Fahne auch weiterhin von rechten Gruppen benutzt. Das sollte auch die 1927 gegründeten Marinevereine wissen. Die Kontinuität zu den Morden und Verbrechen des 1. Weltkriegs wurde weitergeführt, indem die Nazis 1935 ihre Reichskriegsflagge an die kaiserliche anlehnten und nur die Farben änderten sowie ein Hakenkreuz einfügten.

Es war ein fataler Fehler nach 1945 nicht auch die kaiserliche Reichskriegsflagge zu verbieten. Die Symbolkraft der Flagge wurde nicht erkannt. Deshalb ist es auch falsch, wenn Schützenchef

Werner behauptet, dass die Flagge von Neonazis mißbraucht wird. Der Leiter der Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte Fleermann wurde deutlich: „Seitdem ist sie durchgängig von Alt- und Neonazis, von ehemaligen SS-Angehörigen und jungen Rechtsradikalen, von Skinheads und Hooligans, Völkischen und Revanchisten durch die Gegend getragen worden. Ob sie im juristischen Sinne verboten ist oder nicht, ist meiner Meinung nach dabei vollkommen gleichgültig.“ Auch die Ratsfraktion DIE LINKE nahm in einer Pressemitteilung dazu Stellung: „Wenn sie [die Schützenvereine] nicht endlich Konsequenzen ziehen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn man sie in einen Topf mit Rechtsradikalen wirft. Erst nachdem der öffentliche Protest immer lauter wurde, knickte der Schützenchef notgedrungen ein und teilte mit, dass die Flaggen ins Stadtmuseum sollen. Irgendwie hört sich Einsehen eines Fehlers anders an.“



Mit der Reichskriegsflagge beim Hitler-Putsch 1923 - eine der ersten SA-Abteilungen

Wien zeigt wie's geht

Kommunaler Wohnungsbau als Lösung

Die Hoffnung, durch die neuen Mehrheiten im Rat träte eine positive Entwicklung in Düsseldorf's Wohnungspolitik ein, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Probleme bestehen nicht nur für Wohnungssuchende sondern immer häufiger geraten auch Menschen, die bisher in bezahlbaren Wohnungen lebten, unter Druck und verlieren durch die rücksichtslose Profitgier von Immobilienunternehmen ihr Zuhause.

Beispielhaft für diese Entwicklung ist das Wohngebiet Hassels-Nord, in dem für 1.400 Wohnungen die Preisbindung ausgelaufen ist und ein Berliner Immobilienkonzern über Sanierungen die Mieten um ca. 50 % angehoben hat. Viele der MieterInnen können die Mieten nicht mehr bezahlen und mussten ausziehen. So verschwinden immer mehr bezahlbare Wohnungen, ohne dass entsprechender Ersatz geschaffen wird.

Die Mehrheit im Rat setzt trotzdem weiter auf private Investoren. Diese haben allerdings nicht das Ziel, für die Menschen günstigen Wohnraum zu schaffen, sondern es geht darum durch Ausnutzen der Wohnungsnot möglichst hohe Profite zu scheffeln. So entstehen kaum noch bezahlbare Wohnungen, sondern zunehmend Luxuswohnungen in Wohntürmen, die nur von einer kleinen reichen Minderheit bezahlt werden können.

Die Ratsfraktion der LINKEN forderte deshalb im Rat, sich ernsthaft mit der Wohnungspolitik in der österreichischen Hauptstadt Wien auseinander zu setzen. Wien setzt auf kommunalen Wohnungsbau – die Stadt baut selbst. So sind in Wien 220.000 kommunale und zusätzlich 200.000 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden.

Über 60 % der WienerInnen leben in diesen preiswerten Wohnungen. Auf die Größe Düsseldorf's heruntergerechnet bedeutet dies 73.000 kommunale und 67.000 öffentlich geförderte Wohnungen. In Düsseldorf besteht allerdings nur noch ein kümmerlicher Rest von

knapp 18.000 öffentlich geförderter Wohnungen, die der Preisbindung unterliegen. Wien verkauft auch nicht die Baugrundstücke, um wie in Düsseldorf den Haushalt zu sanieren, sondern kauft Grundstücke hinzu, um weiteren bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das alles ist Ergebnis sozialer Wohnungspolitik in Wien. Der Antrag der LINKEN, sich mit dem Wiener Wohnungspolitik zu befassen, ist in den Wohnungsausschuss überwiesen worden und dann an die Verwaltung weitergeleitet worden. Die Linksfraktion wird weiter Druck machen um allen EinwohnerInnen bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen.



Sozialer Wohnungsbau in Wien: Karl-Marx-Hof von 1930 Foto: (CC BY-NC 2.0) wikipedia/Bwag

Bürgermeister inhaftiert

Solidarität mit den inhaftierten BürgermeisterInnen in der Türkei

In der Türkei überschlagen sich seit Monaten die politischen Entwicklungen. Im Juli putschte eine Gruppe innerhalb der Armee gegen die Erdoğan-Regierung. Anschließend vollzog die türkische Regierung allerdings einen „zivilen Putsch“, mit dem sie seitdem nicht nur gegen die Putschisten, sondern gegen die gesamte Opposition im Lande vorgeht. Über 100 JournalistInnen wurden festgenommen; durch die Schließung von Redaktionen wurden 2308 Journalisten arbeitslos. Außerdem werden sie zum Ziel haltloser Vorwürfe. Über 11.000 LehrerInnen einer linken

Gewerkschaft wurden rausgeschmissen. Über 40.000 Menschen wurden inhaftiert. Kritik an der Türkei und vor allem an Erdoğan führen zu Festnahmen. Rechtsstaatliche Prinzipien gelten nicht mehr. Besonders betroffen sind die KurdInnen. Schon seit Juli 2015 herrscht ein erbarmungsloser Krieg des türkischen Staates gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei. Hunderte ZivilistInnen wurden bereits ermordet, über 300.000 Menschen zur Flucht getrieben, weil ihre Städte zerstört wurden. Ausnahmezustand, willkürliche Festnahmen, Ausgangssperren und Tötungen sind an der Tagesordnung. Mit den Entwicklungen in der Stadt Cizre, in der über 110 teilweise schwerverletzte Menschen ermordet wurden, erreichte die Eskalation ein neues Ausmaß der

gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen.

Auch die Stadt Düsseldorf trägt eine Verantwortung. Hier leben eine große Anzahl von KurdInnen und TürkInnen, die gegen Erdoğan und seiner Politik sind. Schon im Februar stellte die Ratsfraktion DIE LINKE einen Antrag zur Einstellung aller Kontakte zum türkischen Konsulat. Im Juni forderte die DIE LINKE Solidarität mit den inhaftierten BürgermeisterInnen und Mitgliedern der Stadträte in der Türkei sowie eine Zusammenstellung einer Delegation aus Düsseldorf's Ratsmitgliedern zu den Inhaftierten. Alle Anträge dazu wurden abgelehnt. Seit dem Putsch hat sich die Lage noch weiter verschlimmert. Es wurden bisher in 24 kurdischen Städten die gewählten BürgermeisterInnen entfernt, die meisten von ihnen verhaftet. Aktuell sind über 50 BürgermeisterInnen und Stadträte inhaftiert. DIE LINKE fordert auch weiterhin Solidarität mit den inhaftierten KommunalpolitikerInnen ein und wird weiterhin Anträge zu ihrer Unterstützung und aller anderen Unterdrückten in der Türkei stellen.



Harun Erkuş, Co-Bürgermeister von Lice, verhaftet schon im August 2015

Ermäßigter Tarif in Schwimmbädern

Anspruch auf den ermäßigten Tarif in den Düsseldorf's Schwimmbädern haben eine ganze Reihe von Personen: Kinder, SchülerInnen, Auszubildende, StudentInnen, AbsolventInnen des Bundesfreiwilligendienstes, des freiwilligen Wehrdienstes sowie des Freiwilligen Sozialen Jahres (bis 27. Jahre). Ebenso gilt der ermäßigte Tarif für alle Menschen die einen Düsseldorf's Pass, eine Ehrenamts-, Juleica- oder Familienkarte besitzen. Für Menschen mit Behinderung gibt es in den städtischen Schwimmbädern allerdings keine Ermäßigung – im Gegensatz zu den Schwimmbädern anderer Städte oder den Düsseldorf's Kulturinstituten. Für viele Menschen mit Behinderung ist sportliche Betätigung jedoch besonders wichtig, Schwimmen steht hierbei oftmals an erster Stelle. Warum es eine Ermäßigung im Kulturbereich, nicht aber im so wichtigen Bereich der Schwimmbäder gibt, ist vollkommen unverständlich. Aus Sicht der LINKEN sollte die Ermäßigung daher ausgeweitet werden. Unser Antrag hierzu wurde im Sportausschuss abgelehnt.

Hartz IV-Sanktionen drastisch gestiegen

Jedes Jahr werden tausende Sanktionen gegen Hartz IV-Beziehende in Düsseldorf verhängt, weil sie Forderungen des Jobcenter nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird. Durch Sanktionen wird der Regelsatz gekürzt oder sogar gestrichen. Durch eine Anfrage der LINKEN im Sozialausschuss ist herausgekommen, dass die Anzahl der Sanktionen in Düsseldorf enorm gestiegen ist: 5.912 Sanktionen gab es im Jahr 2010, im vergangenen Jahr waren es schon 15.341. Die meisten Sanktionen erfolgten, da es Konflikte um Meldetermine gibt. Die Wirkung der Sanktionen ist verheerend. Zum einen widersprechen sie dem Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum, zum anderen führen sie bei den Betroffenen zu Existenzangst, zu realer existenzieller Not. DIE LINKE lehnt Hartz IV-Sanktionen ab. Das Grundproblem der fehlenden Existenz sichernden Arbeitsplätze kann mit Sanktionen nicht gelöst werden. Mit dem Sanktionsregime wird jedoch so getan, als hätten die Erwerbslosen ihre Lage selbst verursacht und müssten zur Arbeit getrieben werden.

60 Mio. Euro zusätzlich für Wehrhahnlinie

Seit Februar 2016 fährt die Wehrhahnlinie durch die Stadt. Bis dato wurden 843,6 Mio. Euro in das Projekt gesteckt – Geld, was die Stadt an anderer Stelle sinnvoller hätte einsetzen können. Aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Ordnungs- und Verkehrsausschuss geht hervor, dass noch weitere Kosten auf die Stadt zukommen, die bisher nicht im Budget der Wehrhahnlinie eingestellt waren. So werden zusätzlich mindestens 58,2 Mio. Euro für neue oberirdische Oberleitungen sowie neue oberirdische Haltestellen ausgegeben. Davon muss die Stadt mindestens 30 % übernehmen, der Rest wird jedoch auch aus Steuergeldern finanziert – über gesonderte Finanzanträge werden Landes- und Bundesmittel abgerufen. Noch ist unklar, wie hoch die Kosten für den Rückbau der alten Gleise sind. Hier steht nur fest, dass diese bis auf zwei Ausnahmen (Rampe Bilk S und Grabenstraße bis Benrather Straße) nicht im Budget der Wehrhahnlinie enthalten sind und somit die Kosten weiter steigen werden.

Hilfe für Drogenabhängige

Bereits im Jahr 2010 hat der Düsseldorfer Rat beschlossen, dass die Stadt die kontrollierte Behandlung schwerstkranker Opiatabhängiger mit synthetisch hergestelltem Heroin (Diamorphin) einführt. Der Beschluss zur Einrichtung einer solchen Diamorphinambulanz wurde von der städtischen Verwaltung allerdings nie umgesetzt. Auf Anfrage der LINKEN wurden die bisherigen Aktivitäten wie folgt dargestellt: „Im Laufe des Prüfverfahrens zur Einrichtung einer Diamorphinambulanz in Düsseldorf wurden verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten im Lenkungskreis Diamorphin besprochen.“ Dass es innerhalb von sechs Jahren nicht möglich gewesen sein soll, eine Diamorphinambulanz einzurichten, kann aus unserer Sicht nur an mangelndem Willen liegen. Mittlerweile wurde auch bekannt, dass die Stadt es wohl endgültig geschafft hat, sich um die Einrichtung einer solchen Ambulanz zu drücken. Derzeit wird eine Diamorphinambulanz von niedergelassenen Ärzten aufgebaut. Der Ratsbeschluss wird vermutlich niemals umgesetzt.

Rheinvertiefung zerstört Umwelt

Plan der Landesregierung ist inakzeptabel

Um 30 cm auf 2,8 Meter möchte die Landesregierung das Rheinflussbett zwischen Duisburg und Köln vertiefen. Das klingt nicht nach viel, aber die ökologischen Auswirkungen wären erheblich. So bestätigte die Umweldozentent in einer Antwort auf eine Anfrage der LINKEN am 16.06.2016 im Umweltausschuss u.a.: „Eine mögliche Folge der Fahrinnenvertiefung kann zudem eine weitere Abkoppelung der Auen vom Rheinhauptstrom durch häufigeres trocken fallen der Auen bedeuten. Hierdurch wird eine Verlandung der Auen beschleunigt.“

Diese „Verlandung der Auen“ wird den EU-geschützten FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat) Urdenbacher Kämpe, Kirberger Loch und Zonser Grind großen Schaden zufügen. Es sind strukturreiche, feuchte Auen mit viel Grünland, mit Weidengebüschen am Ufer und Silberweiden, die natürlich überflutet werden. Durch die Vertiefung der Fahrinne erfolgt ein Absinken des Wasserspiegels. Hierdurch ist der Grundwasserstand in den Auen sowie der mit viel Geld und Aufwand renaturierte Altrheinarm in der Kämpe betroffen. In

ihrer Wasserrahmenrichtlinie hat die EU ein Verschlechterungsverbot erlassen und nach einer Expertise der Umweltschutzorganisation BUND würde die Rheinvertiefung dagegen verstoßen.

Vom Ausbaggern der Fahrinne sind natürlich auch die auf dem Grund des Rheins lebenden Pflanzen und Tiere betroffen. Sie werden mit ausgebagert. Die außerhalb der Fahrinne lebenden geschützten Fischarten wie Maifisch oder Lachs, die erst langsam wieder im Rhein ihren Lebensraum gefunden haben, wären ebenfalls bedroht.

Gemeinsam mit Naturschutzverbän-

den und der Bürgerinitiative „Hafenalarm“ setzt sich DIE LINKE gegen die Zerstörung dieses Ökosystems zur Wehr. Unverändert hält die Logistikgesellschaft Neuss-Düsseldorfer Häfen an ihrem Plan fest, den Reisholzer Hafen zu einem Containerhafen auszubauen und der damit verbundenen Rheinvertiefung. Der wirtschaftliche Nutzen ist bis heute nicht belegt und die Folgen für Mensch, Natur und Umwelt werden zweifelhaften Wachstumsideologien geopfert. Der Widerstand gegen diese Pläne ist gleichzeitig Einsatz für den Erhalt von Natur und Lebensqualität.



Noch ist es eine Idylle: Die Urdenbacher Kämpe

Foto: (CC BY-NC-ND 2.0) pibabay/Tama66

Mülldeponie Hubbelrath

Quelle giftiger Sickerwässer



Lieber Fliegenpilze als Giftmüll

Foto: (CC BY-NC-ND 2.0) pibabay/LoggaWiggler

In Düsseldorf gibt es nicht nur die Müllverbrennung Fliegern sondern auch die Mülldeponie Hubbelrath, die von der AWISTA betrieben wird. Umgeben ist die Deponie von einem Naturschutzgebiet. Nur selten wird über die seit den frühen 1970er Jahren betriebene Deponie berichtet. Ganz anders jedoch im benachbarten Erkrath. Dort beobachten alle Fraktionen kritisch was mit der Deponie passiert. Insbesondere ein seit Jahren bekannter Giftaustritt sorgt für Kritik. Giftige Sickerwässer mit verschiedensten Inhaltsstoffen, die an ein Inhaltsverzeichnis aus einem Chemiebuch erinnern, fließen in den Unter-

grund. Schon Anfang der 1980er Jahre wurde gewarnt, dass der Untergrund nicht ausreichend vor dem Eindringen von giftigen Sickerwässern, die z.T. im Grundwasser Richtung Erkrath entwässern, geschützt ist. Aufgrund der bislang fehlenden Abdichtung sei der Deponiekörper voller Wasser. Dieses werde auch nach der Abdichtung weiterhin an der Basis austreten. Bedroht ist vom Giftwasseraustritt auch das Grundwasser auf Düsseldorfer Boden sowie das an der Deponie angrenzende Naturschutzgebiet und in der Nähe liegende Bauernhöfe. Nun soll auch noch die Süderweiterung auf die Altdeponie

aufgebaut werden, so dass sich der Druck noch einmal verstärkt. Abgedichtet werden soll nach mehreren Jahren der Versprechungen allerdings nur die Oberfläche der Altdeponie. Begründet wird dies durch die Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit. Die Sicherheit der Deponie unter die Wirtschaftlichkeit zu stellen erinnert fatal an den Satz: Nach uns die Sintflut. Sickert weiter eine giftige Brühe in den Untergrund, ist auch für das Düsseldorfer Grundwasser eine Gefährdung vorhanden. Dies bedeutet dann in Zukunft eine aufwändige und teure Sanierung.

Eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Umweltausschuss zum Zustand der Deponie brachte nur unbefriedigende Antworten. Demnach sei alles in Ordnung und es wird regelmäßig geprüft. Da es abfallrechtliche Regelungen und Anforderungen gab und gibt, kann angeblich davon ausgegangen werden, dass auf der Deponie nur dafür zugelassene Abfälle abgelagert wurden. Die Skandale der 1970er und 1980er Jahre um Abfälle der Deponie deuten da aber auf etwas anderes hin.

Auf das Prinzip Hoffnung beim Thema Umweltschutz zu setzen ist blauäugig. DIE LINKE setzt sich dafür ein, endlich ökologische Aspekte über ökonomische zu setzen.

Proberäume in Düsseldorf

Teuer, schlecht und kaum vorhanden

In Düsseldorf gibt es für Bands seit Jahren zu wenige Proberäume. Die Stadt gab daher eine Recherche in Auftrag, um die Proberaumsituation zu analysieren und mittelfristig zu optimieren. Ziel der Recherche war einerseits, den Bestand der als Proberaum vermieteten Immobilien zu ermitteln. Andererseits sollten potentiell nutzbare neue Räume gesucht sowie mittel- und langfristige Lösungswege zur Verbesserung der Proberaumsituation aufgezeigt werden.

Die Recherche wurde im Jahr 2012 veröffentlicht. Das Fazit damals war ernüchternd: „Der durchschnittliche Mietpreis liegt bei 10 € pro qm zzgl. NK. Die Annahme, dass der Mietpreis sich nach dem Zustand der Räume und der angebotenen Infrastruktur richtet, bestätigte sich nicht. Die Nachfrage ist sehr viel größer als das Angebot, und die Bands zahlen daher z.T. unangemessene Mieten bzw. lassen sich auf bedenkliche Bedingungen ein.“

Vorgeschlagen wurden daher konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation. Zunächst wurde angeregt, in Schulgebäu-

den die Bereitstellung von Proberäumen zu prüfen sowie über einen öffentlichen Aufruf Proberäume zu suchen. Weiter-



Dieser ist klein, aber OK Foto: © (CC BY-SA 3.0) wikipedia/Joadi

wurden Ausbaureserven vorhandener Einrichtungen aufgezeigt. Die Recherche

benannte zudem detailliert potenzielle Räumlichkeiten im Düsseldorfer Stadt-raum, die nach entsprechender Umrüstung als Proberäume genutzt werden könnten. Ebenfalls wurde vorgeschlagen, neue Proberäume zu bauen, Raum in Raum Lösung in ehemaligen Industrie- und Lagerhalle zu verwirklichen und mobile Proberäume anzuschaffen.

Aus Sicht der LINKEN waren das viele gute Ideen, die damals verkündet wurden. In der letzten Sitzung des Kulturausschusses wollten wir daher durch eine Anfrage erfahren, was die alte Ratsmehrheit aus CDU/FDP und die neue aus SPD/FDP/Grünen hiervon umgesetzt haben. Die Antwort auf unsere Anfrage war ebenso ernüchternd wie das Ergebnis der Recherche vier Jahre zuvor: von allen aufgeführten Vorschlägen wurde kein einziger umgesetzt!

Dass einzige, was seit der Recherche passierte, ist, dass der Musikbunker Gatherweg von einem Investor gekauft und saniert wurde. Die Mieten sind daraufhin so stark erhöht worden, dass sich die meisten Bands jetzt auch dort keinen Proberaum mehr leisten können.

Reeser Platz Denkmal und Gedenkmal

Auf dem Reeser Platz in Golzheim steht das sogenannte 39er-Denkmal. Das Denkmal wurde 1939 kurz vor dem Überfall auf Polen in Anwesenheit vieler Nazigrößen eingeweiht. Die Inschrift auf dem Denkmal „Für des deutschen Volkes Ehre und Freiheit“, die an der Seite des Denkmals eingemeißelten Namen der eroberten Städte sowie die aus der Gruft aufsteigenden Soldaten die wiederum in den Krieg ziehen sind Ausdruck der aggressiven Kriegspolitik der Nazis. 1946 sollte das kriegsverherrlichende Denkmal auf Beschluss des Düsseldorfer Rates abgerissen werden. Dazu kam es aber nie. Es wurde 2002 sogar unter Denkmalschutz gestellt. Damit ist jede Initiative, das Denkmal zu entfernen, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

In den letzten Jahren fanden vor dem Denkmal mehrere Kundgebungen von Neonazis statt.

Frank Werkmeister, verstorbenes Mitglied der Bezirksvertretung 1, der DIE LINKE dort vertreten hat und Zeit seines Lebens sich für den Frieden eingesetzt hat, wollte dieses so allerdings nicht stehen lassen. Sein Antrag, ein Gedenkmal zu installieren, wurde in der Bezirksvertretung mit Mehrheit verabschiedet.

Im Mai hat nun die Bezirksvertretung beschlossen, einen Ideenwettbewerb für ein Anti-Denkmal zu initiieren, das „zeitgemäß den Kampf gegen Militarismus und Krieg“ zeigen soll.

Die Fraktion der CDU lehnte den Plan ab. Sie findet die erklärende Tafel an dem Denkmal ausreichend. Im Kulturausschuss beklagte sie, dass die Bezirkspolitiker ihre Kompetenzen überschritten hätten, als sie ein Kunstwerk an so prominenter Stelle ausschrieben. Der Kulturdezernent betonte allerdings,

dass der Wettbewerb erst am Anfang stehe. So sollen eine Fachjury gebildet und der Beirat für Bildende Kunst einbezogen werden. Zudem sollen Geschichts- und Heimatvereine sowie Mahn- und Gedenkstätte mitwirken.

Wir gehen davon aus, dass der Ideenwettbewerb jetzt zügig angegangen wird und bald ein Kontrapunkt zum vorhandenen Denkmal gesetzt wird. Frank Werkmeister ist es dann zu verdanken, dass dem Antifaschismus und Antimilitarismus in Düsseldorf gedacht wird.



Immer wieder Aufmarschort für Nazis (hier 2008)

Foto: © gafas

Zwangsräumungen

2015 hat die zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle der Stadt Düsseldorf 2.369 mal wegen drohender Zwangsräumungen von Wohnungen beraten. Dies wurde durch eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE bekannt. Nur in 1.080 Fällen war die Intervention der Fachstelle erfolgreich und die Mieterinnen und Mieter konnten in ihren Wohnungen bleiben. In weiteren 198 Fällen konnte neuer Wohnraum vermittelt werden. Eine Zwangsräumung wird vom Amtsgericht ausgesprochen und ist die Folge einer vom Vermieter erfolgreich betriebenen Räumungsklage zum Beispiel wegen Mietschulden. Immer mehr Mieterinnen und Mieter tappen in die Mietschuldenfalle. Oft ausgelöst durch Arbeitslosigkeit oder durch Minijobs können sie bald nicht mehr Strom, Gas und Wasser oder Miete bezahlen. Besonders betroffen davon sind alleinerziehende Mütter. Wenn es nicht gelingt die Zwangsräumung zu verhindern oder rückgängig zu machen oder die Betroffenen in neuen Räumen unterzubringen, kommt es in der Regel zu Obdachlosigkeit.

11,2 Mio. für den Start der Tour de France

So hoch sind die kalkulierten Kosten für den Start der Tour de France in Düsseldorf. Nach der Finanzplanung bleiben davon ca. fünf Mio. Euro im städtischen Haushalt hängen. Der Rest soll durch Einnahmen und Sponsoren finanziert werden. Der größte Teil des Sponsorings wird von städtischen Unternehmen geleistet. Also sponsert sich die Stadt selbst. Für fünf Mio. Euro hätte der Kinderbauernhof Niederheid saniert und so für Jahrzehnte vielen Kindern ein sinnvolles Freizeitangebot erhalten werden können. Hier wird jetzt ein privater Investor gesucht. Dies Beispiel zeigt: Haushaltspolitik ist Verteilungskampf. Für die Mehrheit im Rat ist die Darstellung nach außen wichtiger als soziale Politik nach innen. DIE LINKE hat sich gegen städtische Gelder für die Tour de France ausgesprochen. Bei der Beschlussfassung über die Finanzen für die Tour haben wir uns enthalten, da die Verwaltung bereits vorher die Verträge abgeschlossen hat. Der Rat wurde so vor vollendete Tatsachen gestellt. Bei einem Ausstieg wären daher deutlich höhere Kosten auf die Stadt zugekommen.

Ökocent für städtische Solaranlagen

In Düsseldorf gibt es den sogenannten Ökocent. Dies bedeutet, dass die Stadtverwaltung einen Cent pro eingekaufter Kilowattstunde in die Installation eigener Anlagen zur nachhaltigen Stromerzeugung investiert. Im Zeitraum von 2011 bis einschließlich 2015 wurden etwa vier Mio. Euro aus Mitteln des Ökocents zur Planung und Umsetzung von eigenen Anlagen zur nachhaltigen Stromerzeugung bereitgestellt. So wurden in diesem Zeitraum an 29 Standorten Blockheizkraftwerke eingebunden. Ende 2015 fasste der Umweltausschuss den Beschluss, dass die Stadt mit einem Teil des zur Verfügung stehenden Geldes auf den städtischen Dächern Solaranlagen installiert. Aus einer aktuellen Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Umweltausschuss geht jedoch hervor, dass bisher keine Solaranlagen geplant und realisiert werden konnten, da die Gelder aus dem Haushalt erst im Juli freigegeben wurden. Planungen für Solaranlagen können jetzt also starten, wir werden am Thema dran bleiben und im Auge behalten, wie die Planungen laufen.

Deutschkurse für Flüchtlinge

Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Sie ist auch ein wesentliches Mittel der Begegnung auf Augenhöhe und demokratischer Partizipation. Für Geflüchtete sind Deutschkenntnisse von großer Bedeutung. Sprachkenntnisse erleichtern die Kommunikation, was im Besonderen für einen Umgang mit Behörden und Ärzten hilfreich ist. In Düsseldorf gibt es eine Reihe ehrenamtlich durchgeführter Deutschkurse für Flüchtlinge, daneben werden weitere Kurse angeboten. Städtische Mittel in leider nur geringem Umfang sind zudem an Weiterbildungsträger geflossen, um je nach Bedarf weitere Kurse in den Unterkünften einzurichten. Im vergangenen Juni wurde auf Antrag der LINKEN beschlossen, dass die Stadtverwaltung in der August-Sitzung des Sozialausschusses über den aktuellen Sachstand bei Deutschkursen für Flüchtlinge berichten soll. So könnte der genaue Bedarf ermittelt werden und eine bessere Planung erfolgen. Die Stadtverwaltung hat den Beschluss leider noch nicht umgesetzt.

Umwelt- und Sozialstandards

Wie aktiv ist die Stadtverwaltung?

Ökologische, klimaneutrale und energiesparende Aspekte werden immer wichtiger. Auch die Kommunen stehen hier in der Verantwortung einen Beitrag zu leisten und eine Vorbildfunktion einzunehmen. Die EU erlaubt es Kommunen bei fairen und/oder ökologischen Produkten zuzugreifen, auch wenn diese teurer sind. Es gibt verschiedene Städte, die hier eine Vorreiterrolle einnehmen. So wird u.a. in Hamburg, Bremen und Mainz auf nachhaltige Beschaffung großen Wert gelegt: Es werden Fortbildungen für MitarbeiterInnen angeboten, Bestellkataloge mit nachhaltigen Kennzeichnungen oder Checklisten zu den Grundlagen nachhaltiger Beschaffungen ausgeteilt. In der Sitzung des Umweltausschusses Ende August fragte die Ratsfraktion DIE LINKE daher an, wie es in der Düsseldorfer Stadtverwaltung um den Einkauf von fairen und ökologischen Produkten bestellt ist. Die Stadt Düsseldorf hält sich hierbei an die Landesgesetzgebung, die bei Vergabe von Aufträgen u.a. vorsieht, dass Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz verbindliche Beachtung findet. Die Empfehlungen des Umweltbundesamtes zu umweltfreundlichen Produkten werden zu „Informationszwecken herangezogen“ und wenn „es passt“ berücksichtigt. Wir finden, ist ja schon mal ein Anfang – aber wünschenswert ist ein Engagement wie in den oben aufgezählten Städten. Umweltschutz sollte in Kommunen eine hohe Priorität eingeräumt werden.

Die Stadtverwaltung hat nicht nur die Möglichkeit, sich intern für den Umweltschutz zu engagieren, sondern kann laut Landesgesetz auch Sozialstandards, Tarifreue und fairen Wettbewerb bei

der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen. Diese Möglichkeiten werden Kommunen eingeräumt, sind aber keine Pflicht. Daher fragte DIE LINKE parallel im Personal- und Organisationsausschuss nach, ob bei öffentlichen

In der Anfrage im Umweltausschuss fragten wir außerdem, wie hoch der städtische Verbrauch an Energie und Ausstoß an CO² Emissionen ist und welche Energiesparmaßnahmen in den letzten fünf Jahren getroffen worden sind.



Nachhaltigkeit ist in Düsseldorf noch zu verbessern

Foto: © (CC BY 2.0) pixabay/bones64

Ausschreibungen Vorgaben gemacht werden, die soziale, innovative, gleichstellungs- und integrationspolitische Aspekte berücksichtigen. Aus der Antwort geht hervor, dass die Stadtverwaltung sich bei Vergabeverfahren sowohl an die Sozial- wie die Umweltstandards, die durch das Landesgesetz vorgegeben werden, hält. Ein aktiver Umgang mit den Standards, wie in anderen Städten, gibt es jedoch nicht, die Verwaltung verlässt sich dabei auf die Prüfbehörde und den Zoll. Ähnlich wie bei der Einhaltung der Umweltstandards, ist auch hier stärkeres Engagement der Stadtverwaltung wünschenswert.

Erfreulich ist, dass anscheinend trotz leicht ansteigendem Energieverbrauch von 2 % (494 Gigawattstunden in 2007, 506 Gigawattstunden in 2012) die jährlichen CO² Emissionen um 10 % sanken (125.000 Tonnen in 2007 auf 112.000 Tonnen in 2012). Diese Einsparungen werden auf die Umstellung zu ärmeren Energieträgern, wie z.B. Heizöl auf Erdgas, zurückgeführt.

Aktuellere Zahlen liegen leider noch nicht vor. Aber auch hier zeigt sich, dass der Umstieg auf alternative Energieträger unbedingt gefördert werden sollte, wie z.B. durch das Anbringen von Solaranlagen auf städtischen Dächern.

U-Bahnen 78/79 ständig überfüllt

DIE LINKE dringt auf Abhilfe

Auf dem Weg zur Arbeit, in die Fachhochschule oder in die Schule wie Sardinien gedrängt in der Bahn zu stehen oder einfach mal ein oder zwei Bahnen durchfahren zu lassen, weil diese zu voll sind, ist leider viel zu oft Realität für NutzerInnen der U78 und U79. Wenn eine Veranstaltung im Fußballstadion oder der Messe stattfindet, sind die Bahnen so hoch frequentiert, dass sie regulär nicht nutzbar sind. So kommen Studierende zu spät zur Vorlesung, MitarbeiterInnen unterschiedlicher Firmen auf der Strecke (bspw. IT NRW) nicht pünktlich zu Terminen und SchülerInnen umliegender Schulen müssen einen viel längeren Nachhauseweg in Kauf nehmen. Dieser Zustand ist Rheinbahn und Stadtverwaltung hinlänglich bekannt.

Trotz mehrfacher Beschwerden tut sich nicht viel. Die Antwort einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Ordnungs- und Verkehrsausschuss bringt hier auch nicht besonders viel Erkenntnis. Es werden Bemühungen aufgezählt wie die „reibunglose und störungsfreie Beförderungen von Messe- und Veranstaltungsbesuchern“ sowie die „reibunglose und störungsfreie Beförderung aller ÖPNV-Gäste, die entlang der Strecke ein- und aussteigen“ ablaufen soll. Die Praxis zeigt jedoch: bringt nix. Auch wenn bei Veranstaltungen im Stadion und der Messe bereits zusätzliche Bahnen und Busse eingesetzt werden, zeigt die Erfahrung der regulären NutzerInnen, dass dies nicht ausreicht. In der Verwaltung wird dies lapidar abgetan

mit dem Satz: „es ist nicht auszuschließen, dass es in den Spitzenzeiten auch zu Engpässen kommen kann“. DIE LINKE wird sich für eine Lösung einsetzen, die für die betroffenen NutzerInnen am besten ist und die Bemühungen von Rheinbahn und Stadt weiter beobachten. Hier muss jedoch eine Lösung gefunden werden, in die schon in der Planungsphase alle betroffenen NutzerInnen miteinbezogen werden. Klar geworden ist, dass sich hier grundlegend was ändern muss (kürzere Taktung, weitere Busse etc.), um das Problem in den Griff zu bekommen. Wir hoffen, dass der Protest der NutzerInnen und die Auseinandersetzung im Verkehrsausschuss hier bald zu einer Verbesserung der unhaltbaren Situation führen wird.

Einbeziehen statt ausgrenzen

UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen

Die Behindertenrechtskonvention ist als Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet worden. Deutschland hat die Konvention unterzeichnet, sie trat hier im Jahr 2009 in Kraft und ist seitdem gültig.

In der Konvention heißt es in Bezug auf die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung: „Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein.“

Für die Stadt Düsseldorf bedeutet das, eine Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, ist nicht nur angebracht und sinnvoll, laut Behindertenrechtskonvention ist sie auch zwingend vorgeschrieben. Leider ist dies in Düsseldorf jedoch nicht immer gegeben, wie das Beispiel des Poolings der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter zeigt.

Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter unterstützen Kinder mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung im schulischen Alltag. Bisher durften Eltern die Begleitung für ihr Kind unter den Angeboten verschiedener Träger auswählen. Anfang des Jahres gab

es dann eine Ausschreibung der Stadt, um Schulbegleitungen zukünftig zu poolen, d.h. eine Schulbegleitung soll für mehrere Kinder zuständig sein.

Über diese Ausschreibung und die daraus resultierenden gravierenden Konsequenzen (u.a. Wegfall der mei-

griff genommen wurde, ist dies jedoch nicht ohne Probleme zu bewerkstelligen.

Um solche Situationen zukünftig zu vermeiden und der UN-Behindertenrechtskonvention sowie den Betroffenen gerecht zu werden, sollten aus unserer Sicht bei allen zukünftigen Planungen



Es gibt nichts, was nicht geht

Foto: © (CC BY-NC 2.0) A. Weiland/SOZIALHELDEN

sten Träger und der vertrauten Betreuungspersonen) wurden die Eltern erst im Nachhinein informiert und letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt. Erst nachdem der Verein „Gemeinsam Leben und Lernen Düsseldorf“ das Problem öffentlich kritisiert und DIE LINKE das Thema in den Stadtrat gebracht hat, wird versucht, eine gemeinsame Lösung zu finden. Da das Pooling bereits in An-

und Entscheidungen, die Menschen mit Behinderung betreffen, die Betroffenen bzw. deren Organisationen im Vorfeld beteiligt werden. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion zur letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde von der Ratsmehrheit zur Beratung auf eine Tagung zum Thema Behindertenpolitik geschoben. Über das Ergebnis werden wir berichten.

Schadstoffbelastung in Düsseldorf

Verwaltungsgericht fordert Reduzierung

Auf eine Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land Nordrhein-Westfalen hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf eine Frist gesetzt, um wirksame Maßnahmen gegen die immer noch zu hohe Belastung durch Stickstoffdioxid (NO₂) in Düsseldorf zu ergreifen. Diese Frist läuft im Oktober 2017 ab.

Seitdem überschlagen sich Medien und Interessensverbände in der Kritik an dem Urteil. Die Forderung des Gerichts würde auf ein Fahrverbot von Dieselfahrzeugen in der Innenstadt hinauslaufen, was der Wirtschaft, den ArbeitnehmerInnen und der Bevölkerung nicht zuzumuten sei. Hier sind sich Parteien, Unternehmensverbände und Gewerkschaften einig. Es wird so getan, als komme das Urteil völlig überraschend und ließe den Beteiligten gar keine Zeit, um sinnvolle Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dabei ist das Thema längst überfällig. Bereits 2000 hat der

Europarat eine Begrenzung der Belastung von NO₂ auf 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft beschlossen. Gleichzeitig wurde eine Übergangszeit von 10 Jahren beschlossen, um den Mitgliedsländern die Möglichkeit zu geben, mit geeigneten Maßnahmen diesen Grenzwert ab 2010 einhalten zu können.

Passiert ist nichts. Die Belastung in Düsseldorf liegt immer noch bei bis zu 59 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Es ist zu befürchten, dass die Stadtverwaltung auch weiterhin nichts unternimmt. Sie wartet jetzt auf Entscheidungen des Landes, denn dieses ist ja verklagt worden und nicht die Stadt.

Dabei könnte die Verwaltung auch selbst tätig werden. Bereits 2010 hat DIE LINKE im Düsseldorfer Umweltausschuss Maßnahmen angeregt. So z. B. die Ausweitung der Umweltzone, die Einführung einer City-Maut, um den Autoverkehr zu reduzieren oder die Aus-

weitung von Tempo 30-Zonen. Nichts davon wurde aufgegriffen. Gleichzeitig wurden städtische Messstellen abgebaut. Sie seien nicht notwendig, denn man könne durch Verkehrszählungen und Hochrechnungen die Belastung des Autoverkehrs ermitteln. Dabei greift man auf die Werksangaben der Autohersteller zurück. Spätestens seit dem Abgasskandal wissen wir, dass die so ermittelten Werte reine Luftschlösser sind. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass Düsseldorf trotz heruntergerechneter Belastungen keine besseren Werte aufzuweisen hat. Diese werden übrigens von landeseigenen Messstellen ermittelt.

Nach nunmehr 16 Jahren bestehender Grenzwerte, ist es an der Zeit, Maßnahmen zu ergreifen. Es geht nicht um die Erfüllung einer „unsinnigen“ EU-Vorgabe, sondern um die Gesundheit der Bevölkerung.

Forderungen des Personalrates umsetzen

Das von OB Geisel ins Leben gerufene Projekt „Verwaltung 2020“ besteht im Kern aus einer Reduzierung der Verwaltungsstellen um 20 % bis zum Jahr 2020. Die MitarbeiterInnen arbeiten schon heute bis an die Belastungsgrenze, hoher Krankheitsstand ist nur ein Ergebnis der Personalpolitik. Daher stößt das Konzept bei MitarbeiterInnen und dem Gesamtpersonalrat der Verwaltung auf großes Unverständnis. Der Personalrat fordert, die betroffenen MitarbeiterInnen mit in die Planungen einzubeziehen und die vorgeschlagenen Maßnahmen gemeinsam zu diskutieren. Er bezieht eindeutig Stellung, die Kürzungsvorgabe von 20 % zu streichen und spricht sich dafür aus, ein Konzept zu entwickeln, dass den demographischen Wandel, mit dem OB Geisel die Kürzungen begründet, nicht als gegeben hinnimmt sondern ihm aktiv entgegenwirkt. Die Ratsfraktion DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Personalrates und stellte daher in der Ratssitzung im Juli den Antrag, die Forderungen des Personalrates nach Transparenz und Mitbestimmung umzusetzen und regelmäßig im Rat und den zuständigen Gremien über den Verwaltungsumbau zu berichten. Die restlichen Fraktionen stimmten gegen den Antrag, die Interessen des städtischen Personals scheinen unwichtig zu sein.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE,
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Immer mehr Menschen ohne Strom

Steigende Mieten und Nebenkosten führen dazu, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen immer häufiger Strom, Gas, Wasser und Fernwärme abgestellt wird. Durch eine Anfrage der LINKEN wurde öffentlich, dass die Stadtwerke Düsseldorf jedes Jahr tausende solcher Sperrungen durchführen. Im Jahr 2015 wurden 6.838 Stromsperrungen, 841 Gas-sperrungen, 173 Wassersperrungen und vier Fernwärmesperrungen durchgeführt. Alleine die Zahl der Stromsperrungen hat sich damit um fast 300 innerhalb nur eines Jahres erhöht. Die Sperrungen bedeuten für die Betroffenen ein Leben ohne Strom, Heizung, Licht und fließendes Wasser. DIE LINKE setzt sich im Bundestag dafür ein, dass Sperrungen gesetzlich untersagt und entgeltfreie Grundkontingente eingeführt werden. Um in Düsseldorf eine schnelle Verbesserung zu erreichen, beantragten wir im Sozialausschuss die Umsetzung von zwei Maßnahmen: die Einrichtung einer Energiesicherungsstelle und die Entschärfung der Frist bis zur möglichen Sperrung. Die Ampel aus SPD, FDP und Grünen wollte unserem Antrag nicht zustimmen, sondern verwies ihn zur Beratung an den Runden Tisch zwischen Schuldnerberatungsstellen, Verbraucherzentrale, Energiewirtschaft und Stadtverwaltung. Der Runde Tisch sprach sich jetzt gegen diese Verbesserungsvorschläge aus – aufgrund unseres Antrags wurden leider nur einige Optimierungsansätze im bestehenden Verfahren beschlossen.

Mehr Durchblick

DIE LINKE geht in die Transparenz-Offensive

In Düsseldorf kommen bei den Themen mangelnde Transparenz und Korruption zwangsläufig Erinnerungen an die IDR-Affäre hoch. Der damalige Chef des städtischen Unternehmens IDR hatte Aufsichtsräte, Politikerinnen und Politiker sowie städtische Bedienstete (u.a. der damalige Oberbürgermeister, Beigeordnete, Amtsleiter) mit Annehmlichkeiten bedacht. Zudem bekamen CDU, SPD und Grüne Spenden von Tochtergesellschaften der IDR. Ein Beratervertrag mit einem CDU-Ratsherrn stand ebenfalls in der Kritik.

In Folge der Affäre gab es viele Willensbekundungen, klare Regeln einzuführen. Passiert ist laut der Antikorruptionsorganisation Transparency International seitdem jedoch wenig. Verbesserungen bei den Themen Transparenz und Korruptionsbekämpfung sind notwendig. Mit mehreren Anträgen und Anfragen ist DIE LINKE diese Themen jetzt im städtischen Haupt- und Finanzausschuss angegangen.

1. Zunächst haben wir beantragt, dass die Stadt Düsseldorf Mitglied bei Transparency International wird. Eine solche Mitgliedschaft würde ein klares und sichtbares Bekenntnis zur Anti-Korruptionspolitik bedeuten. Eine Mitgliedschaft verpflichtet die Stadt zudem, durch präventive Organisationsmaßnahmen das Korruptionsrisiko zu mindern, systematische Kontrollen einzuführen, umfassende Aufklärung und Schulungen durchführen und bei Verdachtsfällen konsequent einzuschreiten. Der Antrag wurde leider von SPD, Grünen, FDP und CDU abgelehnt.

2. Weiterhin fordern wir, einen Ehrenkodex für alle Ratsmitglieder einzuführen. Insbesondere muss die Annahme von Belohnungen, Geschenken und Einladungen eindeutig geregelt werden. DIE LINKE Ratsfraktion hatte ein Mit-

glied von Transparency International eingeladen und beraten, welche Vorkehrungen getroffen werden können. Wir haben daraufhin sehr strenge Verhaltensregeln für unsere eigenen Mitglieder erlassen. Im Haupt- und Finanzausschuss fragten wir nun an, inwiefern

Geführt werden sie allerdings unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, die Aufsichtsratssitzungen finden grundsätzlich nicht-öffentlich statt. Wir beantragten daher eine Teilung der Sitzungen in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil. Nicht-



Endlich Klarheit schaffen

Foto: © (CC BY 2.0) wikipedia/bwag

solche Regeln auch für alle anderen Mitglieder des Düsseldorfer Rates eingeführt werden könnten. Die Antwort der Verwaltung war eindeutig: „Eine dem Eckpunktepapier von Transparency entsprechende Regelung zum Themenkomplex ‚Bewirtungen und Annahme von Geschenken‘ enthalten die Verhaltensregel für die Mitglieder des Rates, die Ausschüsse und der Bezirksvertretungen der Landeshauptstadt Düsseldorf nicht. Es ist zu überlegen, ob es sinnvoll ist diese zu ergänzen“. Wir halten dies für sehr sinnvoll und werden die Umsetzung beantragen.

3. Eine unserer Forderungen zur Transparenzsteigerung ist, mehr Einblick in die städtischen Tochterunternehmen zu geben. Die Stadt unterhält eine Vielzahl solcher Unternehmen wie Messe, Bädergesellschaft oder IDR.

öffentlich sollte hierbei nur das beraten werden, was gesetzlich zwingend des Ausschlusses der Öffentlichkeit bedarf. Hier waren wir erfolgreich, die Verwaltung wurde beauftragt, hierzu konkrete Regelungen auszuarbeiten.

4. Unser letzter Antrag behandelte die Einführung einer Transparenzsatzung. Informationen von Politik und Verwaltung für alle Einwohnerinnen und Einwohner einfach zugänglich zu machen, ist unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Demokratie. Eine Transparenzsatzung würde die Stadt verpflichten, Gutachten, Statistiken, Verwaltungsvorschriften, Pläne, Geodaten und weitere Informationen in ein öffentlich einsehbares, zentrales und kostenloses Informationsregister einzupflegen. Dieser Antrag wurde von SPD, Grünen, FDP und CDU abgelehnt.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein